

Kärntner Veto gegen "chaotische" Ferienordnung in Wien und Niederösterreich

Utl.: LHStv. Pfeifenberger: Probleme für Wintertourismus durch Semesterferienverschiebung - Tourismus-Staatssekretariat gefordert=

Klagenfurt (LPD) - Heftige Kritik übte heute, Mittwoch, Kärntens Tourismusreferent LHStv. Karl Pfeifenberger an der geplanten Verschiebung der Semesterferien in den Bundesländern Wien und Niederösterreich. Dadurch würden die Ferientermine der beiden einwohnerstärksten Gebiete Österreichs mit jenen in mehreren deutschen Bundesländern sowie den Niederlanden zusammen fallen, gab Pfeifenberger zu bedenken und prognostizierte gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Kärnten Werbung, Werner Bilgram, unvermeidliche Verkehrsprobleme, Kapazitätsengpässe in der österreichischen Winterhotellerie sowie Gästeabwanderungen in ausländische Skigebiete. Kärnten werde sich daher massiv gegen die Ferienverschiebung einsetzen, so der Tourismusreferent, der gleichzeitig die Installierung eines Staatssekretariats für Tourismus forderte.

Das Land Kärnten werde sich für eine neue Regelung einsetzen und alle Kräfte im Land mobilisieren, um der geplanten Verschiebung entgegen zu steuern, so Pfeifenberger, der erklärte, dass bereits ein Erschließungs-Antrag zur Verschiebung der Semesterferien im Parlament vorliege. "Unser Appell gilt vor allem auch der Basis, den Kärntner Tourismusunternehmern, die neben der bereits laufenden Aktionen der Österreichischen Hotelierversammlung (ÖHV), eine eindringliche Forderung zur Verlegung der Semesterferien vorlegen müssen, um eine für den österreichischen Tourismus notwendige Änderung herbeizuführen", betonte er weiters. Außerdem appellierte Pfeifenberger an Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, dringend ein Staatssekretariat zu installieren, "um die Interessen der heimischen Tourismuswirtschaft besser vertreten zu können".

Diese "chaotische Ferienordnung" stelle für die gesamte Tourismuswirtschaft Österreichs ein großes Problem dar, strich Pfeifenberger hervor. Die Konzentration der Urlaubszeiten würde einen Verkehrskollaps bei der An- und Abreise sowie überfüllte Freizeit- und touristische Einrichtungen wie Pisten, Liftanlagen oder Schischulen in den Urlaubsregionen mit sich bringen. So zähle der Februar (Anteil am Winterhalbjahr 25 Prozent) gemeinsam mit dem

Jänner ohnehin zu den nächtigungsstärksten Monaten, meinte der Tourismusreferent und verwies auf die Tourismusdaten vom Februar 2003, der insgesamt 795.815 Übernachtungen verzeichnet habe. Davon seien auf Wien 92.684 Übernachtungen, auf Niederösterreich 86.608, auf Bayern 31.112, auf den mitteldeutschen Raum 21.191, auf Ostdeutschland 51.116 und auf die Niederlande 45.799 Übernachtungen entfallen.

Mit der Ferienverschiebung werde es ganz bestimmt zu Kapazitätsengpässen in der österreichischen Winterhotellerie kommen. Dies bedeute, dass in dieser Zeit die gesamte Nachfrage nicht befriedigt werden könne, sagten Pfeifenberger und Kärnten-Werber Bilgram, die eine Abwanderung in ausländische Skigebiete und einen damit verbundenen Einbruch im heimischen Tourismus prognostizierten. "Die Kärnten Werbung hat diesbezüglich ein offizielles Schreiben an Bildungsministerin Elisabeth Gehrler gerichtet und auf die massive Problematik für den Kärntner Wintertourismus aufmerksam gemacht sowie eine neuerliche Prüfung der geplanten Ferienordnung gefordert", so Bilgram weiters.

Würden die Semesterferien in Wien und Niederösterreich wie geplant im Jahr 2005 laut Bestimmung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur in die Woche vom 7. bis 12. Februar (bisher 2. bis 7. Februar) verlegt werden, würden die Ferientermine der beiden einwohnerstärksten Bundesländer Wien und Niederösterreich mit jenen der deutschen Bundesländer Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Saarland sowie der Niederlande zusammen fallen. Das bedeute, dass die Wiener und Niederösterreicher im Winter 2005 gemeinsam mit über 22 Millionen Deutschen sowie Holländern und Belgiern auf Urlaub geschickt werden würden, sagten Pfeifenberger und Bilgram, die darauf hinwiesen, dass die Länder Wien und Niederösterreich laut einer Information des zuständigen Bundesministeriums bis zur Antragsfrist mit 31. Dezember 2003 ohnehin keine Anträge auf Verlegung der Semesterferien eingereicht hätten.

(Schluss)

~

Rückfragehinweis: Kärntner Landesregierung
Landespressediens
Tel.: 05- 0536-22 852
<http://www.ktn.gv.at/index.html>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

~

OTS0072 2004-03-17/10:37

~

171037 Mär 04

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20040317_OTS0072